

Zur Lage im Ruhrgebiet.

würde das das Ansehen der Republik bei den Völkern der Erde gewaltig stärken und damit schon würde der moralische Kredit Deutschlands bei den nun doch unausbleiblichen Auseinandersetzungen entsprechend wachsen.

Dann würden auch die Bestehenden, die Industriellen und Agrarier gezwungen, Farbe zu bekennen. Ob sie überhaupt die Absicht haben, in irgendeiner Form Garantieleistungen zu übernehmen, darüber vermag in der Öffentlichkeit niemand positives zu sagen. Dr. Cuno versicherte seinerzeit, daß die Industriellen zu einer Teilnahme an den Lasten bereit seien, inwieweit das aber zutreffend ist, vermag kein Mensch zu kontrollieren. Eben darum aber ist es notwendig, daß vor dem Forum der breitesten Öffentlichkeit Frankreich in das Unrecht verurteilt werde, indem der Reichstag freiwillig erklärt, was die deutsche Wirtschaft an Reparationen leisten will. Es wird weiterhin notwendig sein, daß alle größeren Parteien ihren Willen bekunden, an dieser Hilfsaktion für das Reich teilzunehmen, daß die Industriellen, die deutsche Volkspartei ihre „Diskontinuität“ bekunden, um so das Obium zu verwischen, das sie bisher alle Reparationspläne systematisch sabotiert haben. Die Geheimdiplomatie, die bisher von Dr. Cuno getrieben wurde, wird uns nur weitere Schwierigkeiten bereiten, darum haben wir zu fordern, daß der Reichstag eine entsprechende Willenserklärung fikt, aus der jedermann ersehen kann, was die deutschen Wirtschaftskräfte freiwillig zu leisten die Absicht haben. Dann erst werden die Völker Europas und der Welt entscheiden können, wo die eigentlich Schuldigen sind und dann erst wird der Interventionsgedanke entsprechende Stärkung finden. Wenn darum das fingierte Interview der Sunday Times dazu beitragen würde, den Reichstag, die Vertretung des deutschen Volkes, zu einer offenen Sprache zu zwingen, dann dürfte das nur zu begrüßen sein.

In den „amtlichen Informationen“ heißt es weiter, daß dieser Standpunkt Englands beibehalten würde, auch für den Fall, daß der Ruhrkampf für Frankreich verloren ginge. Bonar Law hat in seinen Reden vor dem englischen Parlament darüber keinen Zweifel gelassen, und auch die öffentliche Meinung Englands ist trotz der Abneigung gegen die Gewaltpolitik Frankreichs durchaus nicht der Auffassung, daß mit Frankreich gebrochen werden dürfe. Das aber muß für uns, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, ein um so größerer Ansporn sein, auf diesem Wege die Vermittlung der anderen Staaten zu suchen.

Es scheint freilich wenig Hoffnung vorhanden zu sein, daß sich der Reichstag zu einer derartigen Stellungnahme aufschwingen wird. Vielmehr scheint man mit dem Gedanken umzugehen, eine Einheitsfront nach anderer Richtung zu suchen, und zwar ganz in dem Sinne, wie das die nationalsozialistische Kreise im Rahmen der deutschen Volkspartei und der noch weiter rechtsstehenden Parteien wünschen. In ihrer Nummer vom 19. Februar verbeiteten die U. N. N. folgende Nachricht:

Zwischen der Reichsregierung und den Reichstagspartei ist vereinbart worden, vorläufig alle Gegenstände, die schärfere Gegensätze zwischen den Parteien hervorrufen werden, unerledigt zu lassen, bis sich die Verhältnisse im Ruhrgebiet geklärt haben. Aus dem gleichen Grunde wird die Reichsregierung auch neue Entwürfe, nicht vorlegen. In Frage kommen hauptsächlich sozialpolitische Entwürfe, wie das Arbeitszeitgesetz, die Schlichtungsordnung, Strafrechtsreform. Der Reichstag wird vorläufig die Staatsberatung forschen, aber auch hier parteipolitische Gegensätze möglichst vermeiden. — Im Interesse einer deutschen Einheitsfront wird auch das Republiktagungsgeheimnis möglichst gehandhabt werden in der Hoffnung, daß Parteien und Presse jede Provokation vermeiden.

Eine Angabe der Quelle, aus der diese Nachricht stammt, ist leider nicht erfolgt. Wir stellen fest, daß ähnliche Nachrichten in der uns zugänglichen bürgerlichen Presse nicht zu finden sind. Immerhin erscheint es bedenklich, wenn die Zeit in ihrer Sonntag-Ausgabe folgendes schrieb:

Es ist jetzt langsam im Reichstage und in seinen Ausschüssen von allen Parteien keine so einheitliche und so männliche Sprache gesprochen worden, wie in diesen Tagen. Das alte Ziel der Deutschen Volkspartei, die nationale Einheitsfront, ist durch die Not zusammengeschimmert worden. Der unklare, in diesen Tagen geradezu strahlende Streik um die Staatsform ist juristisch, alle ihrer Verantwortung bewußten Parteien traten für das Reich in keinem heutigen Bestande ein und die Republik hat nie mehr moralische Eroberungen (?) gemacht als in diesen Wochen, da sie unter der tatkräftigen und bewährten Leitung der Regierung Cuno mit ihrer Kraft und in einmütiger Zusammenfassung aller Kräfte den Einbruch der Feinde abwehrt. Wir erleben in dieser Not eine Wiedergeburt deutschen Volksglaubens und staatlicher Gesinnung, die in solcher Stärke und Einmütigkeit seit 1914 nicht mehr zu verzeichnen war. Nur ein bedauerlicher und standesloser Mißfall in die alte Zeit der Selbstgefälligkeit und Selbstverachtung muß leider registriert werden: der kommunistische, von den deutschsozialistischen unterstützte Vorstoß gegen die Badischen Anilin- und Sodawerke.

Diese Äußerung der Zeit stelle die Berechtigung zu, daß die obige Notiz der U. N. N. nicht vollständig aus der Luft gegriffen ist. Trotzdem befindet sich die Zeit in einem schweren Irrtum, wenn sie glaubt, daß nur von kommunistischer und deutschsozialistischer Seite auf die eigenartigen Geschäftspraktiken der Badischen Anilin- und Sodafabriken hingewiesen worden sei. Wir stellen vielmehr fest, daß das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, der Vorwärts, von den übrigen Stimmen der Parteipresse abgesehen, mit erschütternder Schärfe gegen die Vereinbarungen mit der französischen Regierung Stellung nahm. Immerhin wäre es eine gewisse Bestätigung der von dem Leipziger Herfurth-Organ gemachten Meldung, wenn man hört, daß einer der Rapprebell, Korbach, in der Nacht zum Sonntag in einem Hotel Hamburgs mit weiteren Nationalsozialisten ausgehoben worden sei. Da die Altonaer Befehle annahm, daß Verdunklungsgefahr und Fluchtverdacht nicht vorliege, wurde Korbach ohne weiteres wieder entlassen. Sollte das etwa mit der obigen Meldung in Verbindung stehen, nach der das „Republik-Schutzgesetz“ „möglichst mild“ gehandhabt werden solle, um „jede Provokation“ zu vermeiden. Wir nehmen dies nicht an. Wir hoffen, daß es sich dabei nur um eine freilich unverständliche Maßnahme der Lokalbehörden von Altona handelt, aber die Reichsregierung hat die Verpflichtung schnellste Aufklärung zu schaffen.

Vor allem ist es die Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, über diese Meldungen sofortige Aufklärung zu erteilen. Gerade jetzt ist es notwendig, auf die Verbredchen von Seiten der bestehenden Klasse hinzuweisen, denen die Stützungsaktion der Reichsregierung nur die Veranlassung war, ihre Profite zu erhöhen. Das muß mit aller Schärfe hervorgehoben werden, denn nichts ist besser imstande, das Einheitsfrontgeschrei der bürgerlichen Parteien in entsprechendes Licht zu setzen. Keine Einheitsfront, kein Burgfrieden mit denjenigen Parteien, die noch immer ihre egoistischen Interessen über die Interessen ihres sonst so geliebten „Vaterlandes“ stellen, die der Arbeiterklasse Stoßkräften auf den Wagen verpacken und als Gegenleistung dafür verlangen, daß sich die Arbeiterklasse für die Besitzinteressen des Schwertkapitals in die Schanzen schlage.

Zur Lage im Ruhrgebiet.

Die deutschen Vertretungen in Paris, London und Brüssel sind angewiesen worden, den dortigen Regierungen eine Protestnote wegen der Ausweisung des Oberpräsidenten Fuchs und der rechts- und vertagswidrigen Maßnahmen der interalliierten Rheinland-Kommission zu überreichen.

Der Reichsminister Stinagl hat ebenfalls dem Einbruchgebiete einen Besuch abgestattet und für die trotz aller persönlichen Anfechtung und Unannehmlichkeiten bewiesene Stimmung zum Aushalten gedankt.

Die Ruhrhandelsstelle für Eisenwirtschaft wurde von Eberfeld nach Münster in Westfalen verlegt.

Die Franzosen verhinderten, dem Neume Rotterdamse Courant zufolge, in Mainz den niederländischen Dampfer am Oberrhein. Der niederländische Generalkonsul in Frankfurt a. M. ist nach dem Haag gereist, um mit der Regierung über die politische Lage in seinem Bezirk zu beraten.

Den Franzosen war es gelungen, den Schiffsverkehr des Rhein-Herne-Kanals zu übernehmen. In den letzten Wochen sind wiederholt Kohlenzüge mit holländischer Besatzung zum Rhein verschleust worden. In der vergangenen Nacht kam an dem wichtigsten Verkehrspunkt des Kanals ein großer Lastzug. Auch am Sineshafen kam ein Kohlenzug, so daß der ganze Betrieb auf dem Rhein-Herne-Kanal eingestellt werden mußte. Die Kohleleute annehmen, werden die Arbeiten zur Befreiung der Verkehrsverbindungen wenigstens drei Wochen dauern. Zwei Oberbeamte der Kanalverwaltung wurden von den Besatzungsbehörden zur Vernehmung geladen und sind bis jetzt noch nicht entlassen.

Am Montag haben die Franzosen im Hafen Matthäus Stinnes in der Nähe von Carnap mehrere Schiffe beschlagnahmt, die Besatzung mit Gewalt herausgeworfen und ihr Eigentum in den Kanal geworfen.

Witterungsbedingungen aus Bochum zufolge haben am Sonntag morgen starke belgische Truppenabteilungen die Lippebrücke bei Dorsten überzogen und die Bahnhöfe Postbahnen und Strasse bei Dorsten besetzt. Infolge der Besetzung dieser beiden Bahnhöfe ist namentlich auch der Eisenbahnverkehr Haltern-Weel für den Durchgangsverkehr gesperrt.

In der Begründung des Urteils im Prozeß gegen den Duisburger Oberbürgermeister Jaxtes vor dem hiesigen belgischen Kriegsgericht wird gesagt: „Duisburg gehört effektiv zum belgischen Gebiet. Der Militärbesatzungsbefehl besetzt Verwaltungs- und Gerichtsbarkeit. Die Bürger haben sich den Anordnungen der Besatzungsmächte zu fügen.“ Bei der Urteilsverkündung wurde Jaxtes gefesselt vorgeführt.

In der Kriegesgerichtsverhandlung in Bredeley wurde der Schutzpolizeibeamte Klein wegen angeblichen Widerstands zu einem Monat Gefängnis und zu 150 Franken Geldstrafe verurteilt. Dann wurde gegen den Syndikus des Einzelhandelsverbands Dr. Guyenz verhandelt, der angeklagt ist, die öffentliche Ordnung dadurch gefährdet zu haben, daß er ein Zirkular unterzeichnet hat, in dem die Kaufleute aufgefordert wurden, im Interesse der öffentlichen Ernährung an die Besatzungstruppen nichts abzugeben. Vom Staatsanwalt waren drei Jahre Gefängnis beantragt worden. Guyenz wurde zu zwei Jahren Gefängnis und 8 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Vorstand des Amtsgerichts in Kreuznach, Justizrat Theiß, ist vom Militärgericht Mainz zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil er die Ausnahme von Gefangenen in das Gefängnis verweigert hätte. Er und seine Familie sind ausgewiesen worden. Der Landrat des Kreises Daun, Dr. Walter, ist wegen angeblicher Beleidigung der französischen Armee zu einem Jahr Gefängnis ohne Strafausschub verurteilt worden.

Wie die Frankfurter Zeitung berichtet, sind im besetzten Gebiete in der Zeit vom 15. Januar bis 15. Februar 99 Zeitungen größtenteils wiederholt verboten worden.

Gelsenkirchen, 19. Februar. Die Stadtverordneten, die erneut über die von den Franzosen geforderte Geldbuße von 100 Millionen berieten, haben abermals die französische Forderung verworfen, indem sie gleichzeitig feierlichen Protest gegen die Verhaftung Gelsenkirchener Bürger und gegen die gewaltsamen Eingriffe in das Eigentum der öffentlichen Körperschaften, namentlich aber in das Privateigentum der Bürgerschaft, erhoben.

Dortmund, 20. Februar. (U.) Bei der allgemeinen Beschlagnahme von Geldern ist in Gelsenkirchen auch ein Teil der Ruhrpenns, darunter ausländische Devisen, den Franzosen in die Hände gefallen.

Nach amtlichen Feststellungen sind den Franzosen am Sonnabend und Sonntag durch Beschlagnahme etwa 90 Millionen Mark in die Hände gefallen, darunter ein Teil der Ruhrhilfe und von dieser wieder ein Teil in ausländischen Devisen, zum Teil gestifteten Franken, Dollars und Kronen. Durch Straßentausch ist ihnen, soweit bisher festgestellt werden konnte, die Summe von 1 700 000 M. in die Hände gefallen.

Dortmund, 20. Februar. (U.) In Linden-Dahlhausen sind gestern zwei von französischem Personal geführte Züge zusammengestoßen. Dabei wurden 8 Soldaten getötet, 13 schwer und eine Reihe leichter verletzt. Der Schaden ist bedeutend. Der Anverkehr über Linden-Dahlhausen ist gesperrt.

Paris, 19. Februar. Wegen des erneuten Besuchs deutscher Minister im Ruhrgebiet soll ein Vorschlag Depouttes geprüft werden, der die Auslieferung von Geldbußen für die Städte vorseht, die den Besuch von Reichsministern erhalten.

Grüner amtiert in Eberfeld.

Eberfeld, 20. Februar. (W. Z.) Der aus Düsseldorf ausgewiesene Regierungspräsident Grüner ist in Eberfeld angelangt und führt von hier aus seine Dienstgeschäfte weiter.

Neuß-Düren geräumt.

Amsterdam, 20. Februar. (W. Z.) Aus London wird gemeldet: Der britische Generalleutnant Sir Charles Godley der Besatzungsbefehl der britischen Truppen im besetzten Gebiet, ist von der britischen Regierung angewiesen worden, am Montag, nachmittags um 1 Uhr, die von der Regierung bestimmte Eisenbahnlinie durch die britische Zone für den Kohlentransport nach Frankreich freizugeben. Diese Anweisung bezieht sich auf alle Straßen des Eisenbahnebesitzes im Eberfeld-Düren-Bereich, der an der äußersten Nordwestgrenze der britischen Zone liegt.

Die Franzosen und die Essener Schutzpolizei.

Berlin, 20. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Franzosen haben die Essener Schutzpolizei vor die Wahl gestellt, entweder den Dienst nicht in Uniform zu tun, sondern in Zivil bei Kennzeichnung durch ein Abzeichen und mit Ausnahme eines Revolvers waffenlos. Alle diesen Fall wäre der Gruchbefehl hinsichtlich des Polizeipräsidenten würde freigegeben. Aber aber, wenn diese Bedingungen nicht angenommen würden, so werde die ganze Schutzpolizei aufgelöst. Die Unterkunftsräume würden beschlagnahmt, sowie alles der Schutzpolizei gehörende Material fortgenommen. Die Beamten würden grundsätzlich ihres Dienstes entzogen. Der General werde jedoch die Neubildung einer Besatzungspolizei in der Weise zulassen, daß ehemalige blaue Polizei aus dem Rheinland und Westfalen in erster Linie Familienväter, bis zur Hälfte des bisherigen Bestandes gebildet werde. Wird von diesen Ermöglichtkeiten kein Gebrauch gemacht, so lehne der General für den dadurch entstehenden Ausfall jeglichen politischen Schutzes im Bezirk Essen die Verantwortung ab. Französische Soldaten würden sich um die Obliegenheiten der Polizei nicht kümmern. Eine Genehmigung zur Waffenführung werde den Ersuchen nicht erteilt. Der Regierungspräsident Grüner hat gegen die Befehle ein Protestschreiben an Journer gerichtet.

Die Lage in Baden.

Karlsruhe, 19. Februar. Das Bezirksamt Offenburg ist wegen der Ausweisung des Oberamtmanns Schwörer und wegen der Verhaftung der Amtmänner Dr. Maler und Müller nach Gengenbach verlegt worden. Oberamtmann Schwörer hat seine Dienstgeschäfte wieder aufgenommen. Das Gebäude des Bezirksamts Offenburg wird noch immer von den Franzosen besetzt gehalten. Amtmann Peter ist ebenfalls ausgewiesen worden.

Offenburg, 19. Februar. Amtsrat Dr. Heuß ist von den Franzosen ausgewiesen worden, weil er sich geweigert hatte, die gewünschten Zellen im Gefängnis abzurufen. Er wurde in einem Kraftwagen mit unbekanntem Ziel weggeführt.

Poincaré im Kammerauschub.

Fortsetzung der Erklärungen nächste Woche.

Paris, 19. Februar. In der heutigen Sitzung des Kammerauschusses für auswärtige Angelegenheiten gab Poincaré nach dem offiziellen Communiqué ein eingehendes Exposé über die Verhältnisse in der Memel-Angelegenheit und sprach über die Entscheidungen der Konferenz, über das Statut dieses Gebiets und seine Zustellung an Litauen mit der Autonomie der Stadt und einer Garantie für den Transit. Er gab auch eingehende Auskünfte über die revolutionäre Bewegung in Memel und über die Art, wie die Ordnung wiederhergestellt und im Einverständnis mit den Alliierten Frankreichs eine neue Regierung eingesetzt wurde. Poincaré verteilte sich auch über die Zwischenfälle, die sich in der neutralen Zone von Boran zwischen Polen und Litauen ereignet haben. Er ging alsdann auf die Verletzungen Deutschlands ein, die in Ausführung des Friedensvertrags die Verletzung des Ruhrgebietes veranlaßt hätten. Er sprach über die Ausführung des von der belgischen und der französischen Regierung ausgearbeiteten Programms, namentlich über den Verkehr auf den Eisenbahnen und über die Wächterung der neutralen Zone, um die Ausfuhr von Kohle, Roheisen, metallurgischen und anderen Erzeugnissen zu verhindern. Er gab Kenntnis von dem Widerstand, der durch die deutsche Regierung veranlaßt worden sei, und von den Sanktionen, die gegen diejenigen Beamten erlassen wurden oder noch erlassen sind die die öffentlichen Dienste lahmlegen. Poincaré erläuterte die Maßnahmen, durch die das normale Leben im Ruhrgebiet sichergestellt werden soll.

Nach Abschlüssen Auseinandersetzungen unterbrach Poincaré sein Exposé über das Ruhrgebiet und schickte dem Ausschub vor. In der nächsten Woche in einer neuen Sitzung fortsetzen zu dürfen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende des Ausschusses, der Abg. Lenoir, dankte dem Ministerpräsidenten für seine umfassenden Erklärungen, die er am Fond von Texten und Dokumenten gegeben habe, und die es namentlich dem Ausschub gestatteten, sich Rechenschaft abzugeben von der auswärtigen Politik der Regierung und von den klaren festen Methoden, die sie angewendet habe, um Frankreichs Interessen zu schützen.

Paris, 20. Februar. (W. Z.) Poincaré hat eine Abordnung lothringischer Landwirte empfangen vor denen er über den schlechten Charakter sprach. Was aber die an der Ruhr ergriffenen Pfländer betrifft, so mußte der Ministerpräsident seine Unschärfe anerkennen, daß er nicht wisse, ob sie für Frankreich etwas einbringen würden. Man könne auch nicht wissen, wie lange sie festgehalten werden. Amtliche Pressesprecher kommentieren die Worte des Ministerpräsidenten dahin, daß bei der Besetzung des Ruhrgebietes weder an Zerstörungen noch auch an Jahre gedacht worden sei.

Frankische Ruhrkredite.

Paris, 20. Februar. (U.) Man erwartet in der Kammer einen Antrag des Finanzministers zur Erlangung von Krediten für die Ruhrkredite. Die Kredite sollen in drei Gruppen zerfallen: 1. für die stollen Behörden, 2. für militärische Zwecke, 3. für die Eisenbahnen. Zum ersten Punkt werden fünf Millionen Frank bestimmt werden, die man durch Einnahmen aus dem Ruhrgebiet zu decken beabsichtigt. Für militärische Zwecke werden für Januar und Februar 50 Millionen Frank bzw. nach Abzug der im Budget vorgesehenen 15 Millionen noch weitere 35 Millionen Frank gefordert. Diese Ausgaben sollen monatlich erneuert und eine regelmäßige Position im Staatshaushalt bilden. Für die Eisenbahnen werden 60 Millionen verlangt, die für die ganze Dauer der Besetzung ausreichen sollen.

General Carrall für die internationale Wächterung.

Kopenhagen, 19. Februar. Völligen veröffentlicht den Inhalt einer Unterredung, die ein Pariser Mitarbeiter des Blattes mit dem französischen General Carrall, früherem Oberkommandierenden der alliierten Truppen im Orient, über die Ruhr-Politik Poincarés gehabt hat. Carrall erklärte u. a.: Ich habe den Eindruck, daß die Politik unserer Regierung im Ruhrgebiet und am Rhein uns immer des Ruhs des Edelmeates berauben wird, den unsre Traditionen seit der großen Revolution und unsrer Haltung im Kriege uns in den neutralen Ländern verschafft hatten. Ich würde mich freuen, wenn ich die öffentliche Meinung in Dänemark darüber aufklären könnte, daß es in Frankreich neben den Bewunderern und Verteidigern Poincarés auch Männer gibt, die keine Politik nicht folgen und den Weg der gesunden Vernunft, d. h. den Weg der internationalen Wächterung beschreiten wollen. Besser als ich erzählen die Tatsachen, die der Mißgeschick der Besetzung darstellt, die der ehrgeliebte Traum Poincarés war. Höchstwahrscheinlich werden durch die Ruhrrepublik die Reparationen nicht gesichert. Das einzig Sichere, das das Unternehmen uns einbringt, sind die Kosten. Selbst im Fall des Scheiterns Deutschlands würden wir keine Zahlungen erhalten. Deutschland alst bereits nach. Es kapitalisierte am 11. November 1918; es hat auch danach mehrmals nachgegeben. Wir haben es in hohem Maße gemüßigt. Die Reparationsfrage ist nicht nur eine deutsch-französische, sie ist in rechtlicher Beziehung eine internationale, in Wirklichkeit eine internationale Frage. Es handelt sich jetzt darum, die Weltwirtschaft wiederherzustellen. Carrall bedauerte, daß der Vorschlag Brantings, die Ruhrfrage dem Völkerverbund zu unterbreiten, abgewiesen worden sei, da dieser die einzig mögliche Zukunft bilde, und meinte, es sei eine Absurdität, daß man Deutschland noch immer nicht in den Völkerverbund aufnehme. Die Geschichte lehrt, daß alle Völker ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind. Mag der französische Staat in erster Reihe sein Gewissen befragen. Frankreich schuldet den Alliierten, bezahlt aber weder Zinsen, noch macht es eine Abzahlung. Warum wenden wir uns nicht an den Völkerverbund? Dieser Schritt kann doch unmöglich schlechtere Ergebnisse haben, als die sich aus der Ruhrrepublik ergeben werden. Wir haben ganz Europa gegen uns. Laufende und aber Laufende Tonnen Kohlen, die Poincaré uns verschprochen hat, bleiben aus. Die Arbeiter im Ruhrgebiet weigern sich, unter unsrer Leitung die Arbeit aufzunehmen. Das sind die Resultate unsrer Veruche, Druck durch Nacht auszuüben. Wir haben den Fehler, ins Ruhrgebiet einzubringen, mit der Gefahr begangen, von England verlassen, von ganz Europa gehaßt, von Deutschland für immer verabschiedet zu werden. Die Gefahr ist jetzt zur Tatsache geworden, und dann wart Poincaré noch, von Gefahren zu sprechen, wenn es sich um den Völkerverbund handelt? Gegen eine solche Auffassung müssen wir direkt Front machen.

Ungeklärter Poincaré.

In Paris haben am vergangenen Sonntag in zwei Bezirken Wahlen zum Gemeinderat stattgefunden, wobei in beiden Bezirken wieder einmal der wegen der Weuterei der französischen Schwarzmeerflotte Verurteilten Martin gewählt worden ist. Ueber die besondere Bedeutung der Wahl weist der sozialistische Abg. Comper-Morel darauf hin, daß die Wähler von Paris sich darüber klar gewesen seien, daß ihre Entscheidung weit über die Grenzen ihrer Stadtviertel hinausreichte. Demgemäß hätten sie mit wunderbarer Disziplin nicht nur für Martin, sondern auch gegen die nationalsozialistische Reaktion und die Abenteuerpolitik gestimmt. Werde